

Wir Berlinerinnen

Verbandspublikation des LandesFrauenRates Berlin e.V.

Liebe Ladies,

sie haben es nicht geschafft. Glanzlos und ganz ohne Mithilfe des Schiedsrichters sind unsere Jungs aus der Euro geflogen. Wenden wir uns also erfreulicheren Dingen zu und begeben uns auf die noch ganz frischen weiblichen Erfolgsspuren. Die „Abendschau“ des rbb bekommt mit **Anna Kyrieleis** eine neue Leiterin. Kurz zuvor ist **Dagmar Reim** als Intendantin des Senders vom Rundfunkrat erneut gewählt worden. 2013 startet sie in ihre dritte Amtszeit. Sie war übrigens die erste Frau an der Spitze einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Aktuell gibt es mit **Monika Piel** (WDR) und **Prof. Dr. Karola Wille** (MDR) derer drei.

Wenn wir noch ein wenig weiter gucken, entdecken wir mit **Simone Menne** die erste Frau als Finanzvorstand eines DAX-Unternehmens, hier der Lufthansa. Bei einem anderen, traditionell männlich geprägten Unternehmen, ThyssenKrupp, rückt **Gabriele Söns**, bislang Hauptgeschäftsführerin Gesamtmetall, voraussichtlich im nächsten Jahr in den Vorstand ein.

Noch ein wenig sensationeller mutet die Tatsache an, dass auf einem britischen Kriegsschiff, der „HMS Portland“, mit **Sarah West** zum ersten Mal in der 450 Jahre alten Geschichte eine Frau das Kommando führen wird. Erst seit 1990 dürfen überhaupt Frauen in der Royal Navy auf See Dienst tun.

Mögen all' diese Spitzenfrauen eifrige Nachahmerinnen finden! Ach ja, inzwischen ist jedes siebte Aufsichtsratsmitglied in einem DAX-Unternehmen eine Frau. Genügen tut das natürlich bei weitem noch nicht, aber...

Also, liebe Ladies, bleiben wir am Ball. Unsere Energie reicht schließlich für mehr als bloß zwei Halbzeiten!

Herzliche Grüße
Ihre

Regina Lischke *Juliane Thies*

PS: Auf die Mädels ist übrigens Verlass. Im Endspiel der Militär-WM hat die Bundeswehr-Auswahl der Frauen einen Tag nach der Halbfinalniederlage der Männer im Endspiel 1:0 über Südkorea triumphiert. Nachmachen Jungs!

Juli 2012
Nr. 114

LandesFrauenRat



Berlin e.V.

LandesFrauenRat Berlin
1979-2009

Frauen bewegen Berlin

Als Dachverband
der Berliner
Frauenorganisationen
vertreten wir die
Interessen aller
Berlinerinnen.

Wir schreiben
Berliner
Frauengeschichte
und setzen
gleichstellungspolitische
Meilensteine.

Mit Ihrer Hilfe?!?
Zur Finanzierung von
Aktionen und Projekten
sind wir auf Ihre Spende
angewiesen.

Spendenkonto:
Landesfrauenrat Berlin e.V.
Kontonummer 600 487 00 16
Pax Bank eG
BLZ 370 601 93
Verwendung: Aktion 2012

Der LFR Berlin ist als
gemeinnützig anerkannt
und Spenden von der
Steuer absetzbar.

Inhalt

LFR Aktuell	
Nachwahl in den LFR-Vorstand	Seite 3
Dokumentation: Vor Ort-Gespräche	Seiten 8/9
Rückblick: Vorträge im Mai	Seite 10
LFR-Praktikum	Seite 10
Frauen in Berlin	
Rückblick: 20 Jahre ÜPFI	Seite 12
Hinweise auf Veranstaltungen	Seiten 12/13
Frauen in Deutschland	
SPD: Entgeltgleichheitsgesetz	Seite 16
Rückblick: Girls' Day & Boys' Day	Seite 16
22. GFMK	Seite 17
Senatorin gegen Betreuungsgeld	Seite 18
Equal Pay Day 2013	Seite 18
Frauen in aller Welt	
EU: Initiative gegen Diskriminierung	Seite 20
UN Women: Neues Büro	Seite 20
Rubriken	
Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seiten 4 bis 7
Personalia	Seite 11
Literatur	Seiten 14/15
Studien	Seite 19
Webtipps	Seite 21
Frauenorganisationen	Seite 22
Landesfrauenräte	Seite 23

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V. im UCW, Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de
www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de
Redaktion: Regina Seidel (ViSdP), Juliane Freifrau von Friesen, Anne Kräuchi,
Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 2.07.2012

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

UCW  unternehmerinnen und gründerinnen
zentrum berlin charlottenburg-wilmersdorf

♦ Ich bin **Christine Kaiser**, 44 Jahre alt und promovierte Rechtsanwältin. Zur Zeit leite ich das Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Johannes Selle. Darüberhinaus bin ich persönlich sehr im deutsch-französischen Bereich engagiert.

Am 7. Mai 2012 wurde ich als Beisitzerin in den Vorstand des LandesFrauenRates Berlin gewählt. Seit einiger Zeit gehöre ich als Delegierte der Frauen Union der LFR-Mitgliederversammlung an. Das hat mich veranlasst, aktiv im LandesFrauenRat tätig zu werden und mich im Vorstand einzubringen.

Dabei möchte ich die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle kurz die Frauen Union vorzustellen, deren Geschichte weit zurück reicht: Eingebettet in die Entwicklung der Frauenbewegung in Deutschland finden sich ihre geistigen Wurzeln in der bürgerlich-christlichen Frauenbewegung, die im Zuge der allgemeinen Freiheitsbewegung nach 1848 entstand. Nach der Gründung der CDU 1945 wollten die Frauen in der Partei selbst für ihre Rechte und politischen Ziele eintreten und bildeten 1948 die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands. Eine der ersten Vorsitzenden der Frauenvereinigung war **Helene Weber**, die schon damals eine angemessene Beteiligung der Frauen an Ämtern und Mandaten forderte. Sie war eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“.

Die Frauen Union der CDU Berlin vertritt heute die Interessen von über 4.000 Frauen in der CDU Berlin und in der Politik. Sie setzt sich dafür ein,

dass Frauen gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebensbereichen haben. Die familienfreundliche Ausgestaltung des Arbeitslebens, Anerkennung von weiteren Kindererziehungszeiten in der Rente, die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau, was auch Lohngleichheit bedeutet, und Abbau der Frauenarbeitslosigkeit sind nur einige unserer besonderen Anliegen. Ferner sind die Möglichkeiten eines Wiedereinstiegs in den Beruf deutlich zu verbessern. Leider ist es immer noch der Regelfall, dass Frauen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben nicht mehr in die Position zurückkehren können, die sie verlassen haben.

In unserer Gesellschaft muss ein Bewusstsein dafür entwickelt werden, dass die verfassungsrechtlich verankerte Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebenslagen auch Realität wird. Frauen und Männer sollten die gleiche Wahlmöglichkeit in der Lebensführung haben. Festgelegte Rollenmuster müssen überwunden werden. Es muss eine bessere Abstimmung von Familie und Berufswelt erreicht werden, unter anderem durch Flexibilisierung von Arbeitszeiten.

Es sind letztlich die Themen, die uns Frauen alle betreffen und beschäftigen. Daher ist es gut, dass wir uns – die Vertreterinnen der verschiedenen Frauenorganisationen und Fraueninteressenverbände – im LandesFrauenRat zusammengeschlossen haben. Ich freue mich darauf, in den nächsten Jahren im Vorstand aktiv mitarbeiten zu können, und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Nachwahl in den LFR-Vorstand



Die Mitgliederversammlung des LFR Berlin hat bei einer Nachwahl am 7. Mai 2012 Dr. Christine Kaiser als Beisitzerin in den Vorstand gewählt. Die Rechtsanwältin wurde von der Frauen Union vorgeschlagen, deren Landesvorstand sie seit 2009 angehört. Damit ist der LFR-Vorstand unter Vorsitz von Regina Seidel wieder komplett, nachdem im März eine Beisitzerin von ihrem Amt zurückgetreten war.

Die neue Beisitzerin Dr. Christine Kaiser stellt sich in einem Beitrag vor.

Mehr Informationen über die Frauen Union auf www.frauenunion-berlin.de

Beim LFR Berlin im UCW zu Gast

Beginn jeweils 18 Uhr

- | | |
|---------------|--|
| 10. September | Emine Demirbüken-Wegner,
Staatssekretärin für Gesundheit |
| 8. Oktober | Dieter Wagon, Vorsitzender der Geschäftsführung
der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der
Bundesagentur für Arbeit
Christiane Luipold, Leiterin Stab Chancengleichheit |

Hoffest im Roten Rathaus 2012

Text:
Juliane von Friesen

♦ Der Regierende Bürgermeister hatte jede Menge Bordkarten ausgegeben und so kamen am 12. Juni mehr als 2.000 Abflugwillige zu den provisorischen Check-in-Schaltern. Diese lagen zwar nicht am neuen BER-Airport, sondern vor dem Roten Rathaus. Das tat der Stimmung jedoch keinen Abbruch. Berlins Hoffest ist einfach ein Muss. Neben **Klaus Wowereit** waren natürlich sein Koalitionspartner, Innensenator **Frank Henkel**, und die gesamte Regierungsmannschaft angetreten. BSR-Chefin **Vera Gäde-Butzlaff** präsentierte stolz ihre Müllwerker in leuchtendem Orange. Nicht minder stolz zeigten Opel-Lady **Heidi Hetzer** und Entertainerin **Gayle Tufts** ihre ausgefallenen Handtaschen-Kreationen: Am

Arm der Einen baumelte ein Auto, die Andere trug eine Gießkanne spa-ieren. **Desirée Nick** plauschte ange-regt mit **Georg Preusse** alias Mary und die LFR-Vorsitzende **Regina Seidel** beantwortete geduldig alle Fragen zu ihrer Gehhilfe.

Dass draußen einige Flughafengegner lautstark gegen einen noch nicht existierenden Flugbetrieb protestierten, tat der guten Laune drinnen keinen Abbruch. Zum Flughafendesaster sagte Klaus Wowereit nur „Dumm gelaufen“, den Protestern rief er übers Mikro zu, dass die Mehrheit der Hauptstädter ein Anrecht auf eine funktionierende Infrastruktur hätten. Mal sehen, ob wir sie bis zum nächsten Hoffest bekommen.

Frauenprojekte in Berlin: Welche Rolle spielen Migrantinnen?

Auf dem Foto von links
nach rechts: Kerstin
Drobick, Mira Renka,
Seyran Ates und Karin
Bergdoll.



Text und Foto:
Anne Kräuchi

♦ Zum Podiumsgespräch am 12. April 2012 im Interkulturellen Frauenzentrum S.U.S.I. in der Linienstraße fanden sich neben einer bunt gemischten Interessentinnengruppe vier gut vernetzte und engagierte Frauen ein: **Kerstin Drobick** (Gleichstellungsbeauftragte Berlin-Mitte), **Mira Renka** (AWO, Psychosoziale Beratung & Treffpunkt für Frauen aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien), **Seyran Ates** (Rechtsanwältin) und **Karin Bergdoll**, ehrenamtliche Mitarbeiterin bei S.U.S.I.

Deutlich wurde: Die Herausforderung, erfolgreiche Projekte durch Förderungen mit Perspektive zu verbinden und

zu erhalten, ist akut wie eh und je. Dabei haben Migrantinnenprojekte, die vorzeigefähig sind, Vorteile gegenüber Themen, die sonst tabuisiert sind (Beispiel: Gewalt). Doch Erfolg schützt nicht davor, in wirtschaftlich angespannten Zeiten auf den Prüfstand von Kürzung oder gar Streichung zu gelangen.

Fazit der Veranstaltung: Frauen zu ermutigen, sich selbstverständlich um Geld und Macht zu kümmern und sich zu vernetzen, ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, um eine gemeinsame, starke Stimme zu haben – wozu auch gerade Plattformen wie das interkulturelle Frauenzentrum S.U.S.I. beitragen.

♦ Zum ersten Workshop „Frauen und Technik“ luden am 24. Mai 2012 der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gemeinsam mit dem Büro für Technikfolgen-Abschätzung und dem Deutschen Frauenrat ins Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages ein. Die Ausschussvorsitzende und Gastgeberin **Ulla Burchardt** (SPD) betonte, dass sich ihr Gremium zwar bereits mit sehr vielen Themen beschäftigt habe, Geschlechterfragen dabei aber so gut wie nie eine Rolle gespielt hätten. Sie bedankte sich beim Deutschen Frauenrat für den Impuls, den sein Positionspapier „Ohne Frauen fehlt der Technik was“ gegeben habe. Zu dieser Premiere konnte es durch systematische Lobbyarbeit kommen. Die drei Vortragenden, beginnend mit der Ingenieurin **Dr. Kira Stein**, Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrates, stellte die These auf, dass Frauen zwar historisch betrachtet an der Entwicklung und Anwendung unterschiedlicher Techniken und Technologien stets beteiligt gewesen seien, Technik und deren Beherrschung per se aber männlich konnotiert sei, während Frauen höchstens als kreativ gelten. „Wenn ein Mann an einer Drehmaschine eine Achse herstellt, ist das Technik, wenn eine Frau ein Kleid mit einer Nähmaschine fertigt, ist es das nicht.“ Stein verurteilte die in der „Bildungselite“ häufig verbreitete Haltung, mit Technik nichts am Hut zu haben, als wirklichkeitsfremd.

Bettina-Johanna Krings vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse ging in ihrem Vortrag der Frage nach: Gibt es einen weiblichen Blick auf Technik? Ja – und nein, so die Referentin. Feststellen ließe sich ein weitestgehender Ausschluss von Frauen aus wissenschaftlich-technischen Prozessen bis in die 1980er Jahre. Mit den neuen Frauenbewegungen habe eine vehemente feministische Kritik an patriarchaler Wissenschaft und Technik eingesetzt. Damit einhergegangen sei auch das Ideal einer „weiblichen

Technik“, die sich durch größere Menschlichkeit und Emotionalität auszeichne. Als Beispiel einer solchen radikalen Technikablehnung führte sie die Gen- und Reproduktionstechnologien an, die von Feministinnen zunächst als „patriarchaler Angriff“ auf die „letzte Bastion“ weiblicher Macht, nämlich die Gebärfähigkeit, betrachtet worden seien. Diese Kritik sei inzwischen kaum mehr zu hören, stattdessen erfreuten sich Reproduktionstechnologien wie In vitro-Fertilisation und Leihmutterschaft immer größerer Beliebtheit und seien ein expandierender Markt.

Prof. Martina Schraudner, Leiterin für Gender und Diversity in Organisationen am Institut für Werkzeugmaschinen und Fabrikbetrieb an der Technischen Universität Berlin, sprach darüber, wie Frauen stärker an der Technikentwicklung beteiligt werden können. Auch wenn es neben geschlechts- auch altersbedingte Unterschiede bei der Akzeptanz technischer Innovationen gebe, seien Frauen alles andere als technikfeindlich. Dabei unterschieden sich die von ihnen bevorzugten Produkte nicht grundsätzlich von denen, die Männer nutzten. „Pink it and shrink it“ (Mach's rosa und kleiner) genüge nicht, um Frauen für technische Produkte zu begeistern. Die Perspektivenvielfalt, besonders auch Genderaspekte, müssten in Forschungs- und Entwicklungsprozesse integriert werden, das trage auch zur Qualitätssteigerung bei, sagte Schraudner, die auch am Fraunhofer Institut neue Methoden und Instrumente für die bedarfsorientierte Forschungsplanung erforscht.

Gleichzeitig wies sie am Beispiel des Fachs Elektrotechnik auf den eklatanten Mangel von Expertinnen hin. So hätten in Deutschland in diesem Fach im Jahr 2010 nur 56 Frauen promoviert, die Hälfte davon Ausländerinnen, die nach dem Abschluss das Land verließen. In Forschung und Entwicklung arbeiteten insgesamt 12 Prozent Frauen, davon habe die Hälfte Patente angemeldet.

Workshop im Bundestag „Frauen und Technik“

Text: Anne Kräuchi

Ein zweistündiger Audio-
mitschnitt der Veranstal-
tung ist im Anhang des
Berichts dazu auf www.frauenrat.de zu finden.

weiter auf Seite 6

weiter von Seite 5

In der folgenden Diskussion mit rund sechzig Bundestagsabgeordneten und Gästen wurde zum einen mehr Kritik am technologischen Fortschritt angemahnt. Der herrschenden Technikgläubigkeit müsse die Frage gegenübergestellt werden: Welche Technik wollen und brauchen wir überhaupt? Wie müssen sich Gesellschaft und Politik in die Technikentwicklung einbringen? Ein zweiter Diskussionsstrang ging der Frage nach, wie Frauen vermehrt für technische Berufe gewonnen und dort auch gehalten werden können.

Teilnehmerinnen aus dem wissenschaftlich-technischen Bereich schilderten die Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Forschung/Beruf. In ihrer Zusammenfassung strich **Astrid Hollmann**, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, heraus, dass sie eben er-

kannt habe, eine Frau vom Typus „Widerstrebende“ zu sein, nicht in der Anwendung technischer Geräte, aber im Anspruch, dass diese intuitiv bedienbar und immer funktionsfähig sein sollten. Dem technischen Wandel fehle ohne Frauen die Komponente „Nachhaltigkeit“ und „menschliche Qualitäten“, Beispiele wie Pflegeroboter oder mechanische Haustiere lassen aufhorchen.

Wer Frauen für Technik begeistern will, muss über den Tellerrand gucken und Sinnzusammenhänge stiften. Frauen finden Informationstechnik uninteressant, können sich aber für die unter diesem Oberbegriff stattfindende medizinische Bildgebung begeistern. Da kann Einblick und Transparenz vorhandenes Interesse in eine technische Berufswahl lenken, die Talente beider Geschlechter reizen und motivieren.

Workshop im Bundestag „Frauen und Technik“

4. FidAR-Forum

Aus dem englischen Vortrag gekürzt und übertragen von Anne Kräuchi

Prof. Dr. Vaira Vike-Freiberga studierte in Kanada Psychologie und war von 1965 bis 1998 Professorin für Psychologie an der Universität von Montréal. 1998 nach Lettland zurückgekehrt wurde sie 1999 erste weibliche Präsidentin der Republik Lettland. 2003 folgte eine zweite Amtszeit. Von 2007 bis 2009 war sie stellvertretende Vorsitzende der „Reflexionsgruppe“ zur Zukunft der EU.

♦ Unter dem Motto: „Frauen in die Aufsichtsräte – Ready for Boarding“ haben sich am 30. Mai 2012 im Umspannwerk Kreuzberg neben startbereiten Fachfrauen aus allen Berufssparten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik zum 4. FidAR-Forum eingefunden, um zentrale Aspekte der aktuellen Debatte und die Chancen der wirtschaftlichen Veränderungsprozesse aus Frauensicht zu diskutieren.

Ihre Rede begann **Prof. Dr. Vaira Vike-Freiberga**, Präsidentin von Lettland a.D. und stellvertretende Vorsitzende der Reflexionsgruppe der EU, mit einer Anekdote: Als sie gefragt wurde, wie es sich anfühlt, eine weibliche Präsidentin zu sein, antwortete sie: „Was für eine Frage, ich war nie ein Mann“. Warum erwähnte sie das – weil es ein Kuriosum darstellt, mit welcher Selbstverständlichkeit die Macht in Männerhänden liegt und welche Ambivalenz auch in Deutschland eine Kanzlerin auslöst.

Nach ihrer Einschätzung sind die männlichen „Reservate“ in der Finanz- und Medienwelt sowie im universitären Bereich nur über selbstbewusste Beteiligung der Frauen, über „Empowerment“ zu öffnen. Eine Gewöhnung an weibliche Macht und Führungstätigkeit braucht Zeit, solange Zeitschriften mittels Photoshop Frauen vorgaukeln, dass Makeup wichtiger ist als das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge.

Wenn der berechtigte Wunsch nach einem Familienleben ausgespielt werden kann gegen Karrierepläne und Frauen sich daran zerreiben, dann wird aus der Glas- eine Betondecke. Auf jeder „Bühne“ des privaten und öffentlichen Lebens zählt deshalb die Frage: „Was ist die Definition der Menschlichkeit?“ „Gleichheit und Möglichkeiten besitzen und nutzen“, betonte Vaira Vike-Freiberga.

♦ „Eine komparative Analyse zur geschlechterspezifischen beruflichen Segregation: Die zeitliche Entwicklung regionaler Diskrepanzen in Berlin und Brandenburg vor dem Hintergrund der Tertiärisierung zwischen 1995 und 2010“ – das war der längste Titel einer von drei Politeia-Medaillen ausgezeichneten Abschlussarbeiten an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR). **Stephanie Schönwetter** hat 90 Berufsordnungen daraufhin untersucht, wie viele Frauen und Männer jeweils integriert werden müssten, um eine Gleichverteilung zu erreichen. In Berlin betrug die Austauschquote 1995 genau 60 Prozent, 2010 war sie auf 46 Prozent gesunken. Erstaunlich: Deutlich mehr Männer integrieren sich in typischen Frauenberufen, wie zum Beispiel als Erzieher oder Altenpfleger, als umgekehrt.

Nicht weniger interessant fand die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, **Dilek Kolat**, die Arbeit von **Maria Thaens** „Empirische Untersuchung der Auswirkungen von Maßnahmen zur Erhöhung der Repräsentation von Frauen in Führungspositionen auf die Markenstärke eines Unternehmens“ sowie die Untersuchung von **Tülay Obay** zum Thema „Der Einfluss von Wohlfahrtsstaaten auf die Realisierung von Kinderwunsch“. Die SPD-Politikerin reihte sich bei der 13. Politeia-Verleihung am 8. Juni 2012 in die eindrucksvolle Reihe der Festrednerinnen ein, unter ihnen Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** und Ex-Justizministerin **Brigitte Zypries**, WZB-Präsidentin **Jutta Allmendinger** und die ehemalige Viadrina-Präsidentin **Gesine Schwan**. Die Berliner Senatorin betonte, wie sehr die Politik auf fundierte wissenschaftliche Untersuchungen wie die der HWR-Absolventinnen angewiesen sei und lobte insbesondere auch deren Aktualität. Sie erzählte, wie sie, damals einziges Mädchen im Physik-Leistungskurs an ihrer Schule, aufgeben wollte, weil sie sich das nicht zugetraut habe. Davon habe sie ihr Lehrer abgehalten und

schließlich hätten alle Jungen bei ihr abgeschrieben. Ihr Anliegen sei es, das Berufsspektrum junger Frauen zu erweitern. Sie selbst habe Wirtschaftsmathematik studiert und wolle mehr Frauen in MINT-Berufen. Sie sprach auch den Gender Pay Gap an, der zwar in Berlin nur circa 15 Prozent betrage, gegenüber 23 Prozent auf Bundesebene. Aber auch in der Berliner Verwaltung habe man einen Gap von immerhin sieben Prozent festgestellt. Sichtlich zufrieden zeigte sich Kolat mit der Kinderbetreuung in Berlin sowohl im vorschulischen Alter als auch bei der Ganztagsbetreuung in Schulen. Die vielbeschäftigte Frauensensorin fühlte sich in der Feierstunde und auch beim anschließenden Empfang sichtlich wohl. Auf der HWR-Terrasse hatte sie dabei Gelegenheit, mit der Trägerin des diesjährigen Politeia-Preises ins Gespräch zu kommen. Die hierdurch besonders herausgehobene Arbeit hat **Carolyn Beyreuther-Weißflog** verfasst. Der Titel ihrer Untersuchung: „Begünstigt die deutsche Rechtsordnung den in Europa überdurchschnittlich hohen Gender Pay Gap?“ Ihr Fazit: Eine Verbesserung ist nicht mit einem „großen Wurf“ zu erreichen. Vielmehr sind strukturelle Reformen erforderlich, vor allem qualifizierte Verfahren zur Arbeitsbewertung, transparente Gehaltsanalysen, ein Verbandsklagerecht und ein für die Wirtschaft verbindliches Gleichstellungsgesetz. Nicht nur die Arbeit selbst erhielt viel Lob und Aufmerksamkeit. Letztere wurde auch der Politeia-Preisträgerin zu teil. Jahrgang 1976 und aus dem Erzgebirge stammend hatte sie nebst Ehemann auch noch ihren Nachwuchs zur Preisverleihung mitgebracht. Der bestand aus drei munteren Knaben im Alter von sieben, fünf und zwei Jahren, die mächtig stolz auf die Mama waren. Stolz zeigte sich auch HWR-Präsident **Bernd Reissert**, selbst wenn er jetzt seine Vorzeigestudentin verliert. Sie will gleich ihren Master an der Humboldt-Universität machen, vorher aber noch ein Praktikum bei Senatorin Kolat. Das wurde gleich vor Ort verabredet.

Verleihung Politeia-Preis der HWR Berlin

Text:

Juliane von Friesen

Der mit 1.000 Euro dotierte Politeia-Preis fördert die Etablierung der Frauen- und Geschlechterforschung an der HWR Berlin. Er ist neben speziellen Stipendienprogrammen, einer Kita des Studentenwerks, vorgezogenen Berufungen für Professorinnen, einem Familienbüro, renommierter Genderforschung und dem Promotionsprogramm für Fachhochschulabsolventinnen ein Baustein der Gleichstellungspolitik an dieser Hochschule.

Weitere Informationen über die im Beitrag erwähnten ausgezeichneten Abschlussarbeiten sind auf www.hwr-berlin.de und www.harriet-taylor-mill.de zu finden.

Vor Ort-Gespräche

Die LFR-Vorsitzende Regina Seidel und ihre Stellvertreterin Juliane von Friesen haben im April begonnen, sich in Gesprächen mit der Berliner Politik und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen über frauenpolitische Fragestellungen auszutauschen. Auf diesen beiden Seiten sind die ersten drei Gespräche dokumentiert:

13.04.2012

Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit

30.04.2012

Senatskanzlei

29.05.2012

Senatskulturverwaltung

Texte:

Juliane von Friesen

♦ Auf Einladung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion (RD) Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, **Dieter Wagon**, fand am 13. April ein gut einstündiges Gespräch statt, an dem auch die Leiterin Stab Chancengleichheit **Christiane Luipold** auf Seiten der RD teilnahm. Der LFR wurde durch die Vorsitzende **Regina Seidel** und die Stellvertretende Vorsitzende **Juliane von Friesen** vertreten. Gegenstand war die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt in der Hauptstadtregion.

Angesprochen wurden zunächst die Maßnahmen zur Aktivierung der weiblichen „Reservearmee“ für den Arbeitsmarkt. Hier gibt es vor allem eine marktorientierte Qualifizierung. Im Falle von Unternehmensansiedlungen ist die inzwischen gut funktionierende Verzahnung mit Berlin Partner von Vorteil. Die RD erfährt hier frühzeitig, welche Fachkräfte seitens der Unternehmen nachgefragt werden und kann entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen einleiten.

Bildungszielplanung wird bei der RD großgeschrieben. Es gibt hinsichtlich der Kosten keinerlei Engpässe. Die so genannten Eingliederungstitel sind nicht gekürzt worden. Die Qualifizierung selbst erfolgt angepasst an die familiäre Situation ggf. in Teilzeit. Aber auch die Unternehmen werden gezielt darauf aufmerksam gemacht, dass sie in Anbetracht des bestehenden oder künftigen Fachkräftemangels ihre Arbeitszeitmodelle den Bedürfnissen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anpassen müssen. Vor allem benötigen Kinder und/oder Angehörige betreuende Personen – also in erster Linie Frauen – verlässliche Arbeitszeiten. Daher ist der Einsatz von Springern in vielen Fällen zielführend, weil der genannte Personenkreis meist nicht spontan Mehrarbeit leisten kann. Was flexible Kinderbetreuungszeiten betrifft, die auch im Berliner Familienbeirat (angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft) und dem Arbeitskreis „Flexi-

xible Kinderbetreuung“ (angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen) immer wieder diskutiert und gefordert wurden, so werden bestehende Einrichtungen zur Zeit gerade zurückgefahren, weil es an der Nachfrage fehlt.

Ein wichtiges Betätigungsfeld ist es, bei Schülerinnen Interesse an MINT-Berufen zu wecken. In der Arbeitsagentur Süd hat man deshalb den Girls' Day zur Girls' Academy ausgebaut. Über die Girls' Academy werden für Mädchen Mini-Praktika oder auch längere Praktika in Unternehmen, wie zum Beispiel der Maschinenbau- oder Elektrotechnik-Branche, angeboten.

Eine große „Baustelle“ sind unzulängliche Kenntnisse der deutschen Sprache. Die RD bietet über ihre Arbeitsagenturen kostenfreie Internet-Sprachkurse an, die aber viel zu wenig nachgefragt werden. Die Nichtteilnahme ist nicht sanktionsbewehrt. Es ist Anliegen der RD, Unternehmen zu animieren, selbst Sprachkurse anzubieten, die zum Beispiel geregelt durch eine Betriebsvereinbarung zwingend besucht werden müssen. Auch bei der Eingliederung von Älteren (50plus) in den Arbeitsmarkt setzt die RD mittel- und langfristig auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Der Prozess kommt angesichts des Fachkräftemangels allmählich in Gang.

Zu der steigenden Zahl von Verfahren wegen unzulässigem Hartz IV-Bezug geht die RD davon aus, sich im Augenblick noch zu nachgiebig zu verhalten. Der Prozentsatz von Sanktionen in Höhe von vier bis fünf Prozent sei letztendlich zu niedrig, die Verstöße lägen höher. Dabei würde es sich überwiegend um Nichterscheinen zu Gesprächen in den Jobcentern handeln. Eine geschlechtsspezifische Statistik habe man dazu nicht.

Zum Abschluss sprach Regina Seidel eine Einladung in den LFR an Dieter Wagon und Christiane Luipold aus. Beide betonten ihrerseits ihr Interesse an einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem LFR.

♦ Zunächst drehte sich das Gespräch zwischen Staatssekretär **Björn Böhning** und dem LandesFrauenRat, vertreten durch **Regina Seidel** und **Juliane von Friesen**, am 30. April 2012 um den drei Monate alten Sohn des Chefs der Senatskanzlei. Der stolze Vater will bekanntlich als erster Staatssekretär in Berlin Elternzeit nehmen. Auf Nachfrage erfuhr der LFR, dass er für zweieinhalb Monate im Sommer die Babybetreuung übernehmen wird einschließlich der Kita-Eingewöhnung. Seine Lebensgefährtin möchte ab August wieder arbeiten und Björn Böhning will sich seiner Verantwortung als Vater stellen.

Damit dies künftig einfacher wird, soll es einen Betriebskindergarten für den Nachwuchs der Senatskanzlei und den Senatsverwaltungen für Inneres und Sport sowie Bildung, Jugend und Wissenschaft geben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat oberste Priorität. Darüber hinaus wird an einem Personalentwicklungskonzept gearbeitet, das dem Ziel dienen soll, mehr Frauen als bisher Führungsverantwortung zu übertragen. Demnächst sollen zwei Abteilungsleitungsstellen in der Senatskanzlei ausgeschrieben werden. Der Chef der Senatskanzlei zeigte sich zuversichtlich, dass nach dem Besetzungsprocedere drei von sechs Abteilungen von Frauen geleitet würden. Bisher sind es zwei.

Auf der Agenda des Senats stehen die Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms sowie die Ausführungsvorschriften zum Landesgleichstellungsgesetz (LGG). Ganz konkret geht es um Besetzungsfragen (Wer benennt wen warum?). Der LFR machte Staatssekretär Böhning darauf aufmerksam, dass es nicht reiche, Frauen in die Aufsichtsräte zu berufen, sondern ihnen darüber hinaus innerhalb eines solchen Gremiums mindestens ein Präsidiumsplatz zustehen müsse. Dort würden schließlich die Weichen für Berufung und Vertragskonditionen der Vorstände gestellt.

Zur Sprache brachte der LFR auch die aus seiner Sicht dringend erforderliche Quotierung des rbb-Rundfunkrates. Es wird aktuell tatsächlich mit Brandenburg über eine Quote von 40 oder sogar 50 Prozent verhandelt. Der LFR begrüßte das, forderte aber auch statt des alternierenden Mandats für den LFR und den Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg jeweils einen eigenen Sitz. Hier wies der Staatssekretär auf die Problematik einer Vergrößerung des aktuell 30-köpfigen Gremiums hin ebenso wie auf die Begehrlichkeiten anderer Verbände.

Zwischen der Senatskanzlei und dem LFR wurde abschließend vereinbart, künftig noch enger zusammenzuarbeiten. Die für das Themenfeld „Frauen“ in der Senatskanzlei zuständige **Christa Arnet** signalisierte ihr Interesse, künftig öfter an Veranstaltungen des LFR teilzunehmen.

♦ Am 29. Mai 2012 empfing Kulturstatssekretär **André Schmitz** die Vorsitzende des LFR **Regina Seidel** sowie die Stellvertretende Vorsitzende **Juliane von Friesen** zu einem rund einstündigen Gespräch. Anwesend aus seinem Haus waren auch die Referatsleiterin **Christiane Zieseke**, zuständig für die Förderung von Künstlerinnen, Künstlern, Projekten und Freien Gruppen, sowie **Karin Hofmann**, die in diesem Referat das Künstlerinnenprogramm verantwortet.

Äußerst erfreulich war die Aussage, dass bereits seit 15 Jahren bei Einzelfördermaßnahmen im Kulturbereich eine Datenbasis existiert. Daraus geht hervor, dass Frauen überproportional gefördert werden. Auch in Jurys seien sie regelmäßig mindestens paritätisch vertreten. Bei Gruppenprogrammen habe man eine Software, so dass in ein bis zwei Jahren auch hier eine exakte Gender- bzw. Gender Budgeting-Analyse möglich sei. Auch vom Atelierprogramm würden besonders Künstlerinnen profitieren. Es gäbe hier über 600 Mietverträge mit Frauen. Tatsache sei aber auch, dass Künstlerinnen ihre Werke in der Regel weniger und zu schlechteren Preisen verkaufen würden.

Zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie erfuhr der LFR, dass dieser Aspekt vor allem bei Auslandsstipendien berücksichtigt würde. Hier habe man auch im Hinblick auf betroffene Frauen jedwede Altersbegrenzung aufgehoben. Obwohl Kulturkonsumenten, insbesondere bei Museen, überwiegend weiblich seien, seien institutionell geförderte Häuser, wie die Opern, große Theater und die Philharmonie fest in Männerhand. Sobald der Etat die Einmillionengrenze übersteige, stünden Männer an der Spitze.

In der zur Senatskanzlei gehörenden Kulturverwaltung werden von sechs Referaten vier von einer Leiterin geführt. Die einzige Abteilungsleitung wird gerade neu besetzt; hier läuft das Auswahlverfahren. Die LFR-Vertreterinnen gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass eine entsprechend qualifizierte Frau zum Zuge käme. Auch die Berufung der neuen Intendantin des Maxim Gorki-Theaters, Shermin Langhoff, sei ein hoffnungsvolles Signal, obgleich diese Bühne die kleinste in Berlin sei.

Rückblick: Vorträge beim LFR im Mai 2012

Internet-Infos:

www.dienstleistungsmetropole-berlin.de

www.wertarbeitgmbh.de

www.springer-gabler.de

www.wiwiss.fu-berlin.de

Praktikum beim LFR Berlin

Text:

Alexandra Looock
Akademie für Internationale Bildung – Albert-Einstein-Fachoberschule

Frauen, die sich für ein Praktikum beim LFR interessieren, können sich an die Geschäftsführerin Sabine Röhrbein via Mail an lfr-berlin@t-online.de wenden.

♦ Im Anschluss an die Nachwahl in den LFR-Vorstand war am 7. Mai **Mechthild Kopel**, Geschäftsführerin der Wert.Arbeit – Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation mbH Berlin, beim LFR zu Gast. Sie ist seit vielen Jahren als Beraterin für Chancengleichheit in Unternehmen und Verwaltungen sowie in der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik tätig und hat schon mehrere Projekte für den Berliner Senat umgesetzt. Unter dem Motto „Dienstleistungen – Wertschätzung und -schöpfung in der Metropolenregion Berlin – aktive Arbeitspolitik für Frauen“ stellte die Expertin eines dieser Projekte vor. Ferner ging sie auf den Berliner Masterplan Qualifizierung ein und erläuterte, welche Chancen er speziell für Frauen bietet. Der Masterplan greift die Ergebnisse der gemeinsamen Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg

♦ Von Februar bis Ostern 2012 habe ich im Zuge meines Fachabiturs ein Praktikum in der Geschäftsstelle des LandesFrauenRat Berlin e.V. gemacht. Von meiner Praktikumszeit hatte ich mir vorab versprochen, einen Einblick in die Öffentlichkeitsarbeit zu bekommen. Außerdem hatte ich erwartet, neue Arbeitsweisen kennen zu lernen und mir Wissen über Frauenpolitik anzueignen. Von diesen Erwartungen wurden alle erfüllt.

Bei Archivarbeiten bekam ich schon in der ersten Woche einen Eindruck davon, womit sich der LFR Berlin beschäftigt und wie die Tätigkeiten in die Öffentlichkeit gebracht werden. Das Bearbeiten und Fertigstellen von Projekten war für mich eine neue Erfahrung, bislang hatte ich nur wenige Projekte im Team realisiert. Generell unterschied sich das eigenständige Arbeiten stark von dem Arbeiten in der Schule. Gerade deshalb war mein Praktikum eine wertvolle Erfahrung für mich, die mir mit Sicherheit auch in der Zukunft nützlich sein wird. Von meinem Praktikum nehme ich aber

von 2010 auf. Danach können bis 2030 voraussichtlich rund 460.000 Arbeitsplätze in der Region nicht besetzt werden. Deshalb haben verschiedene Akteurinnen und Akteure Vorschläge zur beruflichen Bildung entwickelt, die auch und gerade Chancen für Frauen eröffnen.

Gemeinsam mit dem Berliner Frauenbund lud der LFR am 21. Mai zu dem Vortrag „Chancengleichheit durch Personalpolitik“ von **Prof. Dr. Gertraude Krell** ein, die ihr gleichnamiges Standardwerk vorstellte. Zunächst informierte sie über die Entstehung des Sammelbandes, der inzwischen in sechster Auflage vorliegt. Ausführlich diskutierte sie mit den Teilnehmerinnen das Verhältnis von Gender und Diversity, über Instrumente zur Beseitigung von Entgeltungleichheit und den Frauenanteil in Führungspositionen. sbr

bei Weitem nicht nur den Einblick in die Öffentlichkeitsarbeit und die andere Art des Arbeitens mit, sondern vor allem viel Wissen über frauenpolitische Themen und Interessen. Zuvor hatte ich Frauenpolitik nur am Rande wahrgenommen, da ich deren Aktualität nicht immer präsent hatte. Aus eigener Erfahrung habe ich erkannt, wie wichtig es ist, junge Frauen auf frauenpolitische Themen aufmerksam zu machen und freue mich sehr, dass ich durch meine Projektarbeit einen kleinen Beitrag leisten konnte, um junge Frauen zum Engagement zu motivieren. Denn mit der Frauenbewegung ist es noch lange nicht vorbei, es muss noch viel getan werden, um Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens zu erreichen. Wir brauchen junge Frauen, die sich für ihre Rechte einsetzen und den Kampf um Gleichstellung weitertragen.

Mit mir hat die Frauenpolitik eine Interessierte hinzugewonnen, die frauenpolitischen Themen werden mich mit Sicherheit weiter begleiten.

♦ Frauen verfügen über weniger Hirnmasse als Männer. Frauen können keine Straßenkarten lesen und schlechter als Männer einparken. Kurz: Frauen sind im Vergleich der Geschlechter defizitär. Wundern müssen wir uns darüber nicht, denn Adams Rippe musste bei Evas Produktion erhalten, ein simpler, offenbar für Adam verzichtbarer Knochen. Wir kennen die elementaren Erkenntnisse wie „Der physiologische Schwachsinn des Weibes“ von Paul Julius Möbius aus dem Jahr 1903 und die ebenso fundierte wissenschaftliche Abhandlung des Harvard-Gelehrten Edward Clarke „Das Geschlecht im Bildungswesen, oder: Eine gerechte Chance für Mädchen“, veröffentlicht im Jahre des Herrn 1873. Geistige Arbeit, meinte dieser, ziehe wichtige Energie aus den Eierstöcken ins Gehirn und dies sei dem weiblichen Geschlecht abträglich. Wie sehr Professor Clarke hier recht hat, zeigt sich über 100 Jahre später am Debakel der demografischen Entwicklung.

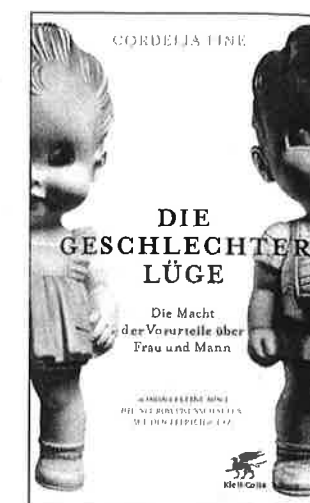
Oder doch nicht? Wir leben doch heute im Zeitalter von Gleichberechtigung und Gleichstellung, aufgeklärt und durchgegendert. Alles falsch, sagt die Psychologin **Cordelia Fine**. Heutzutage werden die irrwitzigsten Vorurteile gegen Frauen erneut oder immer noch im biologischen Gewand präsentiert. Die Gesellschaft entledigt sich ihrer Verantwortung, reale Gleich-

♦ In ihrer Studie untersucht **Nicole Kramer** bisher wenig beachtete Mobilisierungsformen der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft. Dabei beschäftigt sie sich mit der Aktivierung von Frauen für Kriegsaufgaben und entdeckt den zivilen Luftschutz – von der Brandbekämpfung bis zum Dienst in Auffang- und Rettungsstellen – als weiblich dominiertes Handlungsfeld. Die Autorin nimmt übergreifende Strukturen, konkretes Handeln und subjektive Erfahrungen in den Blick. Angereichert mit Fallbeispielen entsteht so ein komplexes Kaleidoskop aus Verhältnissen und Verhalten, Bedingungen

stellung der Geschlechter zu schaffen, indem sie die Ursachen der Diskriminierung nicht in ihrer Mitte, sondern im weiblichen Gehirn verortet und sie damit zugleich rechtfertigt. Die Autorin nennt das „Neurosexismus“. Sie widerlegt die These vom spezialisierten männlichen Superhirn und dem weiblichen auf Multitasking ausgelegten in einer umfassenden Studie. Sie weist darauf hin, dass Mütter mit Babys weiblichen Geschlechts mehr sprechen als mit gleichaltrigen Söhnen. Dafür trauen sie diesen vielmehr zu, wenn es darum geht, eine Rampe zu erklimmen, fälschlicherweise. Ihre Untersuchung belegt, dass die so genannten typischen Verhaltensweisen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern, eher die klassische Rollenzuweisung abbilden, neurowissenschaftlich jedenfalls nicht zu belegen sind. Ein wenig mutmachender Versuch: 100 Universitätsbeschäftigte bekamen die Aufgabe, von zwei fiktiven Bewerbern, eine Frau und ein Mann, die bzw. den besseren auszuwählen. Die deutliche Mehrheit entschied sich für den Mann, und das bei identischen Lebensläufen. Der einzige Unterschied war das Geschlecht. Cordelia Fines Buch „Die Geschlechterlüge“ hat knapp 500 Seiten und ist keine einfache, aber eine sehr spannende Lektüre. Es ist der erste Frontalangriff auf populäre Geschlechtermärchen.

und Deutungen, Zwang und Selbstmobilisierung. Besonders spannend ist das Kapitel über die NS-Frauenorganisationen zu lesen. Mit Blick auf das Verhalten von Frauen und ihr Verhältnis zum NS-Regime entwirft Kramer eine neue Typologie: Führerinnen, Kameradinnen und Distanzierte oder Abweicherinnen. Sie schlägt den Bogen zu den Erinnerungsformen in der Nachkriegsgesellschaft und zur „Trümmerfrau“ als deren Ikone. Zu Recht wurde sie mit dem Fraenkel Prize in Contemporary History der Wiener Library for the Study of the Holocaust and Genocide für ihre Arbeit geehrt.

Geschlechterlüge



Cordelia Fine: *Die Geschlechterlüge. Die Macht der Vorurteile über Frau und Mann.* Klett-Cotta, Stuttgart 2012. 21,95 Euro.

Rezension:
Juliane von Friesen



Volksgenossinnen

Nicole Kramer: *Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung.* V & R Göttingen 2011. 54,95 Euro.

Rezension:
Sabine Röhrbein

SPD bringt Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg

♦ Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz will die SPD-Bundestagsfraktion jetzt einen gesetzlichen Rahmen für die Beseitigung von Entgeltdiskriminierung schaffen. „Wir müssen in Deutschland endlich mit dem Skandal aufräumen, dass es einen Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen gibt. Diesen Lohnunterschied gibt es aus einem einzigen Grund: weil die Frauen Frauen sind“, begründete **Andrea Nahles** bei der ersten Lesung am 14. Juni das Einbringen des Gesetzesentwurfes (Drucksache: 17/9781). „Eine schlechtere Interessenvertretung für Frauen in dieser Frage hat es in Deutschland noch nicht gegeben“, sagte sie. Das sei das Ergebnis der Politik der Bundesregierung, die über warme Worte und Appelle nicht hinauskomme. Die Regierungsfraktionen meinen dagegen, der Entwurf schieße weit über das Ziel hinaus. Das vorgeschlagene Entgeltgleichheitsgesetz soll die unter anderem im Grundgesetz und der Grundrechte-Charta der EU vorgeschriebene Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Arbeitsentgelt durchsetzen. Mit einer Entgeltlücke beim Durchschnittsverdienst von Männern und Frauen in Höhe von 23 Prozent liege Deutschland über dem EU-Durchschnitt von 17,6 Prozent, heißt es. Mehr als die Hälfte dieser Lücke sei nicht durch unterschiedliche soziale und berufliche Merkmale der

Geschlechter zu erklären. Sie sei ein „Kernindikator für die fortbestehende Ungleichbehandlung von Frauen im Erwerbsleben“ und stelle einen Fehlansatz für die Erwerbsbeteiligung von Frauen dar. Zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit müsse der Gesetzgeber jetzt die strukturellen Defizite durch geltendes Recht abbauen, so der Entwurf weiter. Für die Prüfung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung müsse ein verbindlicher Rahmen geschaffen werden. Ziel dabei ist, Arbeitgeber, betriebliche Interessenvertretungen und Tarifvertragsparteien durch gesetzliche Verpflichtungen zu veranlassen, die Herstellung von Entgeltgleichheit umzusetzen.

Die Unions-Fraktion lehnt dagegen eine gesetzliche Regelung zur Entgeltgleichheit ab. „Die Bemühungen schießen über das Ziel hinaus“, so **Nadine Schön** (CDU). Die Rechtslage sei schon heute eindeutig, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern sei im Grundgesetz geregelt, im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und in weiteren europäischen Regelungen, betonte **Matthias Zimmer** (CDU). Für die FDP ist der Gesetzesentwurf ordnungspolitisch verfehlt und greift die Tarifautonomie an, erklärte **Nicole Bracht-Bendt**, die frauenpolitische Sprecherin der Liberalen im Bundestag. Für sie ist klar: Mit dem Gesetz kommt ein „Bürokratiemonster auf die Unternehmen zu“. sbr

Girls'Day und Boys'Day erfolgreich

♦ Bundesweit haben rund 150.000 Schülerinnen und Schüler an Girls'Day und Boys'Day 2012 teilgenommen, die bundesweit zum zweiten Mal parallel stattgefunden haben: Am Boys'Day – Jungen-Zukunftstag beteiligten sich mehr als 4.700 Einrichtungen und Betriebe. Gemeinsam boten sie insgesamt über 33.500 Jungen die Möglichkeit, für einen Tag in Berufe hinein zu schnuppern, in denen Männer bisher unterrepräsentiert sind.

Der Girls'Day konnte in seinem zwölften Jahr mit über 9.500 Veranstaltungen insgesamt mehr als 115.000 Mädchen einen Aktionsplatz bieten. Der Mädchen-Zukunftstag ist damit das größte Berufsorientierungsprojekt für Mädchen und findet auch international immer mehr Nachahmung. Für die IT-Branche wurde am Girls'Day darüber hinaus der „Girls in ICT Day“ initiiert, der Mädchen auf die IT-Berufe aufmerksam machen will.

Die Drucksache: 17/9781 ist auf der Website des Bundestages zu finden und kann über www.bundestag.de/dokumente/eingesehen werden. Dort ist auch das Wortprotokoll der 184. Sitzung vom 14. Juni 2012 hinterlegt.

Wer die Debatte akustisch und visuell nachvollziehen möchte, kann dies mittels Aufzeichnung unter www.bundestag.de/Mediathek tun.

Insgesamt zwölf Staaten veranstalten mittlerweile einen Girls'Day, 2012 sind erstmals Ungarn und Kirgisistan dabei. Hier will der Girls'Day auch emanzipatorische Grundlagen vermitteln.

22. GFMK: Schwerpunkt „Rollenbilder“

♦ „Die Wahl des Lebensentwurfs muss eine bewusste Entscheidung im Lichte der individuellen Werte und Fähigkeiten sein, die nicht durch unzeitgemäße Rollenbilder in bestimmte Bahnen gelenkt wird. Hierfür wollen wir das nötige Bewusstsein schaffen. Konkrete Ansatzpunkte sehen wir in den Bereichen Schule, Ausbildung, Medien und Erwerbsleben“, so lautet das Fazit der 22. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK), vorgetragen von der aktuellen GFMK-Vorsitzenden, Bayerns Frauenministerin Christine Haderthauer (CSU). Bei der Konferenz am 14. und 15. Juni in Nürnberg berieten die Fachministerinnen und Fachminister zahlreiche Anträge zu den Themen Soziale Sicherung, Arbeitsmarkt- und Erwerbsleben sowie Frauen in der Gesellschaft. Sie stand unter dem Motto „Aufbrechen von Rollenbildern“. Haderthauer: „Wir müssen endlich Wege finden, veraltete Denkmuster aufzubrechen!“ Trotz der Einigkeit in vielen Punkten kam aber kein einheitlicher Beschluss zum nach wie vor umstrittenen Betreuungsgeld zu stande.

Zum Abschluss der zweitägigen Konferenz bilanzierte die bayerische Ministerin, die auch Frauenbeauftragte des Freistaates ist: „Unternehmen müssen lernen, dass Teilzeit und die Wahrnehmung von verantwortungsvollen Aufgaben in vielen Bereichen sehr wohl miteinander vereinbar sind. Genauso wichtig ist dabei aber, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird! Hier müssen neue Lösungswege geprüft werden, etwa ein Rechtsanspruch auf Aufstockung nach einer familienbedingten Teilzeitbeschäftigung. Rollenbilder werden in der Familie geprägt, aber auch Bildungseinrichtungen haben hier eine wichtige Funktion. Wir wollen geschlechtersensiblen Unterricht und Unterrichtsmaterialien, in denen verschiedenste Le-

bensentwürfe von Frauen und Männern als selbstverständlich dargestellt sind, also auch die berufstätigen Mütter in Führungspositionen und in der Familienarbeit engagierte Väter. Gleiches gilt für die Rollenbilder die in Medien präsent sind. Die GFMK fordert daher eine adäquate Repräsentanz von Frauen in den Medien und ein ausgewogenes Bild von weiblichen und männlichen Lebensentwürfen in der Berichterstattung ebenso wie in Kindersendungen, Soap Operas und in der Werbung.“ Das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld stieß bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehrheitlich auf Ablehnung. Elf der 16 Bundesländer sprachen sich gegen dessen Einführung und stattdessen für den zügigen Ausbau der Kinderbetreuung aus. Für einen offiziellen Beschluss reichte dieses Votum allerdings nicht, denn damit fehlten zwei Stimmen zum erforderlichen Quorum von 13 Stimmen.

Weitere Themen und Beschlüsse

Auf Initiative Bayerns und Hessens hat sich die Konferenz mit der Alterssicherung von Frauen beschäftigt. So fordern die Fachministerinnen und -minister insbesondere, dass Pflegezeiten in der Rente besser bewertet werden. Beim neuen, 2008 in Kraft getretenen Unterhaltsrecht waren sie sich einig, dass dieses nicht uneingeschränkt auf davor geschlossene so genannte Alt-Ehen angewendet werden sollte. Die GFMK bittet die Bundesregierung zu prüfen, wie die Herstellung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern durch geeignete Maßnahmen auch gesetzlicher Art umgesetzt werden kann, und setzt sich dafür ein, den Schutz von Frauen mit Behinderungen deutlich zu verbessern. Sie fordert ferner, dass für die Verstümmelung weiblicher Genitalien endlich ein eigenständiger Straftatbestand eingeführt wird.

sbr

Die GFMK tagt einmal pro Jahr, der Vorsitz wechselt jährlich. Sie ist eine Konferenz der deutschen Länderfachministerinnen und -minister, die der Zusammenarbeit und der Koordinierung der Länderinteressen dient, legt die Grundlinien für eine gemeinsame Gleichstellungs- und Frauenpolitik fest und beschließt Maßnahmen zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen.

*Internet-Info:
www.gleichstellungsmministerkonferenz.de*

Frauensensorin gegen Betreuungsgeld

Dem Vielklang der Stimmen gegen das Betreuungsgeld fügt der gemeinsame Bildungsbericht von Bund und Ländern eine weitere hinzu: Sämtliche Anreize, die unter dreijährige Kinder von der Kita fern halten, müssten verhindert werden, heißt es. Studien zeigen auf, „dass der mehrjährige Besuch einer Kindertageseinrichtung bei zuhause weniger geförderten Kindern kompensatorisch wirken“ und „durch die Förderung aller Kinder frühzeitig herkunftsbedingte Unterschiede“ abgebaut werden könnten, so die ExpertInnen und Experten in dem 360-Seiten starken Bericht. Internet: www.bildungsbericht.de

Online-Aktion

♦ Ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Frauen-, Familien- und Kinderrechtsorganisationen sowie Wohlfahrtsverbänden hat Anfang Juni eine Unterschriftenaktion im Internet gestartet, um so gegen das von der Bundesregierung beschlossene Betreuungsgeld zu protestieren. Auf www.neinzumbetreuungsgeld.de können sich Unterstützerinnen und Unterstützer dem Protest anschließen.

♦ „Bundesfamilienministerin Schröder konterkariert mit ihrem Festhalten am Betreuungsgeld unsere langjährigen und erfolgreichen Bemühungen um kostenfreie Kitaplätze und um nachhaltige Integration.“, betonte Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, **Dilek Kolat** (SPD), am 13. Juni 2012 in einer Erklärung zur laufenden Debatte um das Betreuungsgeld. „Als Ergebnis ihrer ‚Herdprämie‘ werden uns in den Unternehmen und Einrichtungen Fachkräfte fehlen, weil Mütter und Väter keinen Kitaplatz bekommen oder sich aus wirtschaftlicher Notlage für das Betreuungsgeld entscheiden“, so Kolat weiter. „Den Kindern wird der Besuch einer Kita vorenthalten und damit alle Angebote der vorschulischen Bildung einschließlich des Erwerbs sozialer Kompetenzen. Gerade für jene Mädchen und Jungen mit Sprachdefiziten wird das fatale Folgen haben: von der Schulzeit über die Ausbildung bis in das Berufsleben hinein.“

Die Befürchtung, dass gerade Frauen mit niedrigem Bildungsstand, sozial schwachem oder Migrationshintergrund das Betreuungsgeld annehmen, um ihre finanzielle Situation zu verbessern, werde durch die neueste OECD-Studie „Jobs for Immigrants“ belegt, heißt es aus der Senatsfrauenverwaltung. In der Studie haben Fachleute Daten aus Norwegen, Österreich und der Schweiz ausgewertet und kommen dabei zu dem Ergebnis, dass das Betreuungsgeld ein gravierendes Bildungshemmnis sei sowie erwerbs- und integrationsfeindliche

Wirkungen zeige. So sei beispielsweise seit der Einführung eines Betreuungsgeldes in Norwegen die Erwerbsquote der Migrantinnen um 15 Prozent gesunken. Auch zum Betreuungsgeld in Thüringen komme eine Studie zu vergleichbaren Erkenntnissen.

Frauensensorin Dilek Kolat sieht sich durch diese Erkenntnisse in ihrer kritischen Haltung gegenüber dem umstrittenen Vorhaben der Bundesregierung bestätigt: Nicht nur die wichtige Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt sei gefährdet, sondern auch erreichte Fortschritte in der Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund seien erheblich bedroht. Gerade für Kinder aus Migrantenfamilien stelle ein Kita-Besuch eine große Chance dar, mögliche vorhandene Sprachdefizite rechtzeitig vor der Einschulung auszugleichen. „In Berlin ist jedes dritte Kind in einer Betreuungseinrichtung im Alter von drei bis sechs Jahren aus einer Familie nichtdeutscher Herkunftssprache“, informierte die Senatsverwaltung. Je früher die Förderung dieser Kinder einsetze, umso größer und nachhaltiger sei der Erfolg für alle weiteren Phasen des kindlichen Lernens. „Mit der Einführung des Betreuungsgeldes, das von 70 Prozent der Bevölkerung ohnehin abgelehnt wird, werden diese ersten Erfolge zunichte gemacht. Deshalb fordere ich den Verzicht auf die sogenannte ‚Herdprämie‘ und den zügigen Ausbau von guten Kindertagesstätten“, so Kolat abschließend. *sbr*

Equal-Pay-Day-Kampagne 2013

♦ Schwerpunkt des Equal Pay Days 2013 wird die Lohnsituation in den Gesundheitsberufen sein. Unter dem Motto „Viel Dienst – wenig Verdienst“ soll es darum gehen, nachhaltige Lösungen für den Berufszweig aufzuzeigen, der in unserer alternden Gesellschaft zunehmend an Bedeutung ge-

winnt, dessen überwiegend weibliche Beschäftigte aber nach wie vor am unteren Rand der Gehaltsstatistiken zu finden sind. Der nächste Equal Pay Day wird am 25. März 2013 stattfinden, Start für die EPD-Foren ist am 8. Oktober 2012 in Berlin.

Internet-Info: www.equal-pay-day.de

Arzneimittelreport 2012

♦ Warum gibt es so große Geschlechterunterschiede in der Arzneimittelversorgung? Frauen bekommen etwa zwei- bis dreimal mehr Psychopharmaka als Männer. Erklären Rollenklichs oder häufigere Migräneattacken die hohe Verordnungsraten? Mit diesen Fragen setzt sich der Barmer GEK Arzneimittelreport 2012 auseinander, der im Juni veröffentlicht wurde. Fazit: Solche geschlechtsspezifischen Differenzen sind medizinisch kaum begründbar, widersprechen den Leitlinien und bergen ein hohes Abhängigkeitsrisiko.

Diese und weitere aufschlussreiche Informationen enthält der Arzneimittelreport, der im Presseportal auf www.barmer-gek.de zu finden ist.

♦ Die Bundesregierung erreicht die für die Wirtschaft geforderten Quotenvorgaben von 30 bis 40 Prozent für Frauen in Führungspositionen in ihrer eigenen Verwaltung selber nicht. Laut der Studie „Frauen - Macht - Regierung“ der Unternehmens- und Personalberatung Kienbaum aus diesem Frühjahr kommen Kanzleramt und Ministerien bezogen auf alle Führungskräfte insgesamt auf einen Frauenanteil von knapp 25 Prozent. Auf der obersten Führungsebene (Kanzlerin, Minister, beamtete Staatssekretäre) beträgt er 29 Prozent. In Bezug zu ihrem Anteil an den Beschäftigten sind Frauen aber in den Chefetagen aller Ministerien unterrepräsentiert. Positiv: Die Ministerien haben den Frauenanteil in Führungspositionen in den vergangenen Jahren erhöht. Zwischen den einzelnen Ressorts gibt es jedoch teils erhebliche Unterschiede: Die meisten Führungsfrauen hat mit einem 50-Prozent-Anteil das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Auf Platz zwei folgt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit 43

IAB: Mehr Gründerinnen

♦ Derzeit werden mehr Frauen als je zuvor ihre eigene Chefin: 2011 waren fast fünf Prozent der Frauen dabei, ein Unternehmen zu gründen, oder haben während der vergangenen dreieinhalb Jahre eines gegründet. Das ist der höchste Wert seit dem Beginn der Datenerhebung im Jahr 1999, zeigt eine gemeinsame Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Instituts für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover vom Mai. Bislang lag die Quote der Gründerinnen stets unter vier Prozent.

Allerdings gründen nach wie vor mehr Männer als Frauen ihr eigenes Unternehmen. Die aktiven männlichen Gründer liegen bei knapp sieben Prozent. Dagegen gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland beim Gründungsgeschehen keinen Unterschied mehr - diese liegen regional anderswo: In Hamburg, Köln und München machen sich viele Menschen selbstständig, in manchen Städten des Ruhrgebiets wie Bochum, Duisburg und Essen hingegen nur wenige.

Kaum Führungsfrauen in Bundesministerien

Prozent und auf Platz drei das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit 41 Prozent. Das Schlusslicht bildet in den meisten Kategorien das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Es hat auf allen Hierarchieebenen die geringsten Frauenanteile. Selbst wenn man berücksichtigt, dass der Frauenanteil an den BMVg-Beschäftigten geringer ist als in den anderen Ressorts, sind Frauen in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert – von 100 Beschäftigten sind 28 Frauen, aber von 100 Führungskräften nur acht.

Interessanter Zusammenhang: Hatte ein Ressort in den vergangenen 15 Jahren meist eine weibliche Leitung, hat es eher mehr Frauen in allen Führungspositionen als vorwiegend oder ausschließlich männlich geführte Ressorts. Für die erste und zweite Führungsebene (Abteilungsleiter aufwärts) – dort ist der Einfluss der Hausleitung auf die Stellenbesetzung am größten – gilt: Die Wahrscheinlichkeit für einen höheren Frauenanteil steigt, wenn das Ressort von einer Frau geführt wird.

sbr

Ob Frauen entsprechend ihrem Anteil an allen Beschäftigten in den Führungsetagen vertreten sind, zeigt der von Kienbaum entwickelte Frauen-Führungs-Quotient. Wenn der Anteil der Führungsfrauen genau ihrem Anteil an der Beschäftigtenzahl entspricht, beträgt der Quotient 1 – dieser wird von keinem Ministerium erreicht.

Studie im Internet auf www.kienbaum.de (Download-Center)

EU: Initiative gegen Diskriminierung

Die Europäische Union
im Internet:

www.europa.eu
Offizielle Website

www.ec.europa.eu
Website der EU-
Kommission

[www.ec.europa.eu/
deutschland](http://www.ec.europa.eu/deutschland)
Vertretung der EU-
Kommission in
Deutschland

www.europa.eu/ey2012
www.ej2012.de
Europäisches Jahr für
aktives Altern 2012

♦ Die EU-Kommission hat jetzt eine Initiative gegen Diskriminierung in Entwicklungsländern gestartet. Mit 20 Millionen Euro will sie Projekte von Nichtregierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen, die sich gegen Diskriminierung engagieren. Derzeit werden weltweit Menschen wegen ihres Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder Weltanschauung, Rasse oder ethnischer Herkunft oder einer Behinderung diskriminiert. EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs erklärte dazu: „Eine nachhaltige Entwicklung ist in keinem Land vorstellbar, in dem Minderheiten bedroht, eingeschüchtert oder sogar Opfer von Gewalt werden, lediglich weil sie anders sind.“ Mit seinem Maßnahmenpaket sende die EU „ein klares Signal ihrer entschlos-

senen Unterstützung für die Zivilgesellschaft und anderer freiwilliger Partner, die sich für die Akzeptanz und Wertschätzung der Verschiedenartigkeit von Menschen in unseren Gesellschaften einsetzen.“ Mit dem angekündigten Maßnahmenpaket werden erstmals Mittel spezifisch für die Bekämpfung von Diskriminierung im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) bereitgestellt. Die Mittelvergabe erfolgt im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die die Kommission 2013 veröffentlichen wird. Weitere Schwerpunkte des EIDHR sind die Bekämpfung von Rassismus und die Unterstützung von Minderheiten, zum Beispiel durch die Finanzierung von Projekten der Zivilgesellschaft in diesem Bereich.

UN Women: Neues Büro bezogen

Internet:
www.unwomen.de

aktuell mit Informationen zur Rio+20-Konferenz, wo unter anderem ein Call to Action unter dem Motto „The Future Women Want“ verabschiedet worden ist – darin werden Regierungen, Zivilgesellschaft und der private Sektor dazu aufgefordert, die Gleichstellung der Geschlechter und Frauenförderung stärker in allen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung zu berücksichtigen.

♦ Am 31. Mai 2012 lud UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V. Mitglieder, VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen zum Auftakt der Arbeit in die neue Geschäftsstelle nach Bonn ein. „Gender equality must become a lived reality“ – so lautete das Motto der Veranstaltung. Gemäß diesem Leitmotiv von **Michelle Bachelet**, Under-Secretary-General and Executive Director of UN Women, wies UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V. auf die Herausforderung hin, die Gleichberechtigung der Geschlechter in Deutschland und weltweit zur Lebenswirklichkeit zu machen. **Karin Nordmeyer**, Vorsitzende des Komitees, begrüßte beim offiziellen Empfang die Gäste und freute sich über das zahlreiche Erscheinen wichtiger frauenpolitischer VertreterInnen. „Unsere Veranstaltung dient auch zur Vernetzung mit anderen Partnern, um

die Stärkung der Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter auf nationaler Ebene voranzubringen.“ Die Vorsitzende informierte anschließend über die Vision, Aufgaben und Ziele sowie die Schwerpunkte der Arbeit von UN Women in Deutschland und stellte gleichzeitig das neue Team der Geschäftsstelle vor. „Die Arbeit von UN Women in Deutschland bekannter zu machen, die Gewinnung neuer Mitglieder sowie die Generierung von Fundraising-Einnahmen sind die zentralen Ziele innerhalb des nächsten Jahres“, so Nordmeyer. Geschäftsführerin **Hildegard Peters** gab einen ersten Ausblick auf konkret anstehende Projekte: Den Auftakt in Deutschland wird eine Kampagne zum Thema „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ bilden. „Wir hoffen sehr auf das Interesse von Kooperationspartnern, die uns bei dieser Kampagne unterstützen“, machte Peters deutlich.

Was kann ich verdienen?

♦ Einen Vergleich von Gehältern ermöglicht die Website www.lohnspiegel.de. Der nichtkommerzielle und kostenlose Gehalts-Check basiert auf einer Online-Erhebung, an der sich die Besucherinnen und Besucher anonym beteiligen können. Alle Angaben berücksichtigen die bestehenden Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie nach Berufserfahrung, betrieblicher Position, Betriebsgröße und Region.

WSI mit Genderdatenportal

♦ Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hat Anfang Juni sein neues GenderDatenPortal freigeschaltet. Unter www.wsi.de/genderdatenportal sind künftig aktuelle Daten zur Berufstätigkeit von Frauen und Männern abrufbar, die Startversion umfasst Informationen zu den Themenbereichen Entgelt, Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Führungspositionen. So ist zum Beispiel – übersichtlich in Grafiken aufbereitet – nachzulesen, dass sich die Arbeitszeiten in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich polarisiert haben. Konkret: Einerseits haben im Vergleich zum Anfang der 1990er Jahre lange Arbeitszeiten von mehr als 41 Wochenstunden zugenommen, andererseits sind kurze Arbeitszeiten unter 15 Stunden weit verbreitet. Da von sehr langen Arbeitszeiten vor allem Männer, von sehr kurzen überwiegend Frauen betroffen sind, ist die Arbeitszeit-Schere zwischen den Geschlechtern weiter aufgegangen: 2010 arbeiteten weibliche Erwerbstätige im Durchschnitt 30,6 Stunden pro Woche, das sind 9,5 Stunden weniger als männliche. 1991 hatte der Unterschied noch weniger als sieben Stunden betragen. Im gleichen Zeitraum stieg die Quote der Frauen mit sehr kurzen Teilzeitjobs von 5,8 auf 13,9 Prozent (Männer: 0,7 auf 3,8 Prozent).

Mehr Frauen in Führungspositionen

♦ Die Webseite der Initiative www.regionale-buendnisse.de ist seit kurzem online verfügbar: Die Initiative „Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ zielt darauf, regionale Strukturen für mehr Chancengleichheit in der Wirtschaft aufzubauen. Politik und Unternehmen setzen sich vor Ort gemeinsam für die Gewinnung von mehr Frauen in Führungspositionen ein. Ziel ist es, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen und Regionen durch mehr Chancengleichheit zu erhöhen.

Unter www.wsi.de/genderdatenportal sind aktuelle Daten zur Berufstätigkeit von Frauen und Männern zu finden.

Beispiel Arbeitszeit: Männer arbeiten häufig länger und Frauen öfter kürzer. Die Arbeitszeit-Schere zwischen den Geschlechtern ist weiter aufgegangen.

Broschüre in leichter Sprache

♦ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat ihre Broschüre „Grenzen setzen – Was tun bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz?“ in leichter Sprache und in Gebärdensprache übersetzt, da Frauen mit Handicap überproportional häufig von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen sind. Zu finden auf www.antidiskriminierungsstelle.de

sbr

DAB mit neuer Bundesvorsitzenden

♦ Der Deutsche Akademikerinnenbund (DAB) hat bei seiner Tagung Mitte Juni **Sibylle Laurischk**, MdB zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die Rechtsanwältin und FDP-Abgeordnete gilt als Kennerin von Themen der Frauenpolitik und des Familienrechts. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag. Im neuen DAB-Vorstandsteam ist mit

Anne Schäfer-Junker als Beisitzerin auch eine Berlinerin zu finden. Zu ihren wichtigsten Zielen sagte Sibylle Laurischk: „Als Bundesvorsitzende des DAB möchte ich die Qualifikation von Frauen für die Besetzung von Führungsaufgaben gesellschaftlich wirksamer machen. Dazu gehört auch eine größere internationale Vernetzung und vor allem die Förderung von jungen Akademikerinnen.“

Berlin weiter im ASF-Bundesvorstand vertreten

♦ Vom 19. bis 21. Mai 2012 fand in Berlin die 20. Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) unter dem Motto „Zeit für Frauen“ statt. Dabei bestätigten die Delegierten die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Elke Ferner** mit über 96 Prozent der Stimmen im Amt der ASF-Bundesvorsitzenden. Die Berliner SPD-Frauen sind durch die Wiederwahl von **Margrit Zauner** weiterhin im ASF-Bundesvorstand vertreten, die sich dort seit 2006 als Beisitzerin besonders für arbeitsmarktpolitische Themen engagiert.

Außerdem ist der früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden in der BVV Tempelhof-Schöneberg die aktive Vernetzung mit anderen Frauenorganisationen ein Anliegen. So vertritt sie seit vielen Jahren die ASF bei der Mitgliederversammlung und anderen Veranstaltungen des Deutschen Frauenrates. Bei der zweieinhalbtägigen Konferenz wurden mehrere Berliner Anträge beschlossen, darunter jene zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, zur Eindämmung sexistischer Werbung und zur Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325, die Frauen in Kriegen schützen soll.

Neuer Vorstand beim DBfK Nordost e.V.

♦ Die Mitgliederversammlung des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK) Nordost hat am 18. April 2012 den neuen Vorstand der LFR-Mitgliedsorganisation gewählt, die für die berufliche Interessenvertretung der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern steht. Dabei wurde **Prof. Dr. Margarete Reinhart** im Amt der Vorsitzenden bestätigt und ist damit zugleich Mitglied des DBfK-Bundesvorstandes. Frau Prof. Dr. Reinhart ist eine anerkannte Expertin im Bereich der Pflege und der Pflegebildung. Sie ist als apl.

Professorin für Pflege- und Gesundheitswissenschaften im dualen Studiengang Pflege- und Gesundheitswissenschaften an der Theologischen Hochschule Friedensau tätig. Darüber hinaus ist sie an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim Verw. Professorin im Studiengang Pflegemanagement/Pflegepädagogik. Weitere Vorstandsmitglieder aus Berlin sind **Prof. Dr. Katja Boguth**, **Claus Blicke**, **Sabine Philbert-Hasucha**, **Dr. Sabine Steffan** und **Annegret Tümmers**. Den geschäftsführenden Vorstand bilden zusammen mit Frau Prof. Dr. Reinhart Claus Bölicke und Prof. Dr. Katja Boguth.

Frauenorganisationen im Internet:

DAB www.dab-ev.de
ASF www.asf.de
DBfK Nordost www.dbfk.de/regionalverbaende/no/rvno

DF-Kalender zum Selbsteintragen

♦ Zum 8. März hat der Deutsche Frauenrat einen elektronischen Veranstaltungskalender zum Selbsteintragen auf der Website www.frauenrat.de angeboten. So haben rund 600 Veranstaltungen die vielfältige Palette des frauenpolitischen und feministischen Engagements rund um den Internationalen Frauentag präsentiert. Weil sich dieser Terminkalender zum Selbsteintragen bewährt hat, soll er nun zum Dauerangebot rund ums Jahr werden. Wer dort Veranstaltungen und Terminhinweise eintragen möchte, findet ein passendes Formular unter <http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/termine.html>.

LFR Baden-Württemberg will Parität in Kommunalparlamenten

♦ Mehr Frauen in kommunalpolitische Mandate – dieses Anliegen verbindet die Landesfrauenräte mit vielen gleichstellungspolitisch Engagierten. Jetzt könnte in Baden-Württemberg ein Durchbruch beim Kommunalwahlrecht gelingen, sind sich die dortigen LFR-Aktiven sicher. Ab der Kommunalwahl 2014 könnten Frauen angemessen in allen Kommunalparlamenten in dem Bundesland vertreten sein. Wie einst die „Mütter des Grundgesetzes“ hat der LFR Baden-Württemberg zu einer Postkartenaktion aufgerufen, im Juli sollen die Unterschriften an die grün-rote Landesregierung übergeben werden. Bei der Veranstaltung „Mittendrin und außen vor – Politische Beteiligung von Frauen“ am 7. März 2012 im Stuttgarter Landtag formulierten über 350 Frauen ihre Forderung nach mehr Mitwirkung und ganz konkret nach einem Wahlrecht nach Vorbild des französischen Paritégesetzes. Dieses ist auf Baden-Württemberg übertragbar, sind sich Experten einig. „Freiwillige Selbstverpflichtungen für mehr Frauen in den Gremien blieben in der Vergangenheit leider unwirksam“, betont der LFR Baden-Württemberg. Seit der Kommunalwahl 2009 beträgt der prozentuale Frauenanteil in den Ge-

meinderäten 22 Prozent und bei den Kreisträten 16 Prozent. „Beschämendes Fazit“, urteilt er und erneuert deshalb das Anliegen, die 2006 bei der LFR-Delegiertenkonferenz geforderte Kommunalwahlgesetzänderung nun endlich umzusetzen: „Jeweils 50 Prozent der Listenplätze für Frauen und Männer nach Reißverschlussprinzip werden eine entsprechende Änderung der Zusammensetzung in den Kommunalparlamenten bewirken. Jetzt ist es an der Zeit – noch vor den Kommunalwahlen 2014 – die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen.“

Mit seiner Aktion unterstützt der LFR „auch das Bemühen engagierter Parlamentarierinnen und Parlamentarier, für die notwendigen gesetzlichen Bedingungen zu sorgen, damit Frauen in Baden-Württemberg künftig angemessen in den Kommunalparlamenten mitwirken“ können, heißt es weiter. „Bundesweite Aufmerksamkeit und Unterstützung für diese Kampagne wird uns und allen Mitstreiterinnen Rückenwind geben, die in anderen Bundesländern und auf Bundesebene für ähnliche gesetzliche Regelungen eintreten.“

LFR Niedersachsen bezieht Position

♦ Bei seiner Delegiertenversammlung im April 2012 hat der Landesfrauenrat Niedersachsen drei Resolutionen verabschiedet: Unter der Überschrift „Paritätische Vertretung mit Frauen und Männern in den Kommunalparlamenten, im Landtag und im Bundestag“ fordern die Delegierten, die Wahlgesetze so zu ändern, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen in den Parlamenten vertreten sind. Bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten sowohl auf Wahllisten als auch für aussichtsreiche Wahlkreise sollen Frauen und Männer alternie-

rend berücksichtigt werden. Die Resolution „Recht – statt billig: Entgeltgleichheit gesetzlich regeln! Frauen haben ein Recht auf Mehr!“ will durch rechtliche Regelungen die Entgeltdiskriminierung von Frauen beenden, die niedersächsische Landesregierung soll hierzu eine Bundesratsinitiative einbringen. Der Beschluss „Frauenrechte in Afghanistan – Hamid Karzai opfert Rechte der Frauen“ thematisiert einen Verhaltenskodex, der die Verfassungsrechte von Frauen in dem Land beschneidet.

Postkartenaktion des LFR Baden-Württemberg läuft noch bis Juli.

Vorbild ist das französische Paritégesetz.

Eine Beteiligung ist bundesweit auf www.halbekraft-reicht-nicht.de möglich.

20 Jahre Frauenrat Brandenburg

♦ Anlässlich seines 20-jährigen Bestehens präsentierte sich der Frauenpolitische Rat (FPR) Land Brandenburg Ende März mit einem Parlamentarischen Abend im Potsdamer Landtag. Dabei dankte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) den Aktiven für die „gute, streitbare und meistens konstruktive Zusammenarbeit mit der Landesregierung“ und rief sie dazu auf, sich weiter für die Lohnungleichheit von Frauen und Männern und für mehr Frauen in der Kommunalpolitik einzusetzen. *Festschrift auf www.frauenrat-brandenburg.de.*

Alle Resolutionen im Wortlaut im Internet unter www.landesfrauenrat-nds.de.

Der LandesFrauenRat Berlin e.V. ist der Dachverband der Berliner Frauenorganisationen und Gruppen, er versteht sich seit seiner Gründung 1979 als Lobby aller Berlinerinnen.

Vielfalt ist unsere Stärke.

Wir fördern die Zusammenarbeit demokratischer Frauenvereinigungen und artikulieren Fraueninteressen in politisch und gesellschaftlich relevanten Gremien des Landes Berlin.

Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und die gleiche Anerkennung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft - in Beruf und Familie, Politik und Kultur, Wirtschaft und Verwaltung, in Bildung und Wissenschaft - sind unsere zentralen Anliegen.

Wir engagieren uns gegen jede Form der Diskriminierung, insbesondere aufgrund des Geschlechts. Unser Ziel ist die Beseitigung aller Benachteiligungen von Frauen. Wir orientieren unser Handeln am Diversity-Prinzip.

Wir arbeiten überparteilich, überkonfessionell und generationsübergreifend. Wir wollen Frauen stark und unabhängig machen. Wir setzen uns für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein. Wir unterstützen die Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen, die bisher von Männern dominiert sind.

Frauen bewegen Berlin.

Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin
www.lfr-berlin.de
Telefon: 030/785 70 10
Fax: 030/86 00 88 40
Email: lfr-berlin@t-online.de